
S 41 AS 1544/23

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Berufung Fachkenntnisse Statthaftigkeit Untätigkeitsklage
Leitsätze	Wert des Beschwerdegegenstandes Die Statthaftigkeit der Berufung beurteilt sich auch bei einer Untätigkeitsklage nach § 144 Abs 1 S 1 Nr 1 Alt 2 SGG , wenn sie auf den Erlass eines Verwaltungsaktes gerichtet ist, der Geld-, Dienst- oder Sachleistungen betrifft, die einen Wert von 750 Euro nicht übersteigt (vgl BSG, Urteil vom 6.10.2011 B 9 SB 45/11 B).
Normenkette	SGG § 144 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 Alt 2 SGG § 88

1. Instanz

Aktenzeichen	S 41 AS 1544/23
Datum	06.05.2024

2. Instanz

Aktenzeichen	L 7 AS 204/24
Datum	16.07.2024

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Â

I. Die Berufung gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts MÃ¼nchen vom 6. Mai 2024 wird verworfen.

II. AuÃgerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

III. Die Revision wird nicht zugelassen.

T a t b e s t a n d :

Im Berufungsverfahren streitig ist eine zwischenzeitlich erledigte Unt rtigkeitsklage.

Der Kläger und Berufungskläger (Kläger) steht bzw stand beim Beklagten und Berufungsbeklagten (Beklagter) im laufenden Bezug von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II. Am 8.10.2022 beantragte der Kläger beim Beklagten die Erstattung von Kosten aus zwei Widerspruchsverfahren in Höhe von insgesamt 30 Euro.

Nachdem der Beklagte diesen Antrag zunächst nicht beschieden hatte, erhob der Kläger am 31.7.2023 sinngemäß beim Landessozialgericht Unt rtigkeitsklage, die an das Sozialgericht München verwiesen worden ist. An dieser hat der Kläger ausdrücklich festgehalten, obgleich der Beklagte mit Bescheid vom 21.9.2023 (Widerspruch gegen den Aufhebungsbescheid vom 28.6.2022) die vom Kläger geltend gemachten Kosten des Widerspruchsverfahrens teilweise bzw mit weiterem Bescheid vom 21.9.2023 (Widerspruch gegen den vorläufigen Bewilligungsbescheid vom 15.9.2022) vollständig erstattete. Soweit der Beklagte eine vollständige Kostenerstattung abgelehnt hatte, ist unter dem Az S 41 AS 132/24 ein Klageverfahren beim Sozialgericht München registriert.

Das Sozialgericht München hat nach entsprechender Anhörung der Beteiligten die Unt rtigkeitsklage abgewiesen; die Rechtsmittelbelehrung geht von der Statthaftigkeit der Berufung aus (Gerichtsbescheid vom 6.5.2024).

Am 15.5.2024 hat der Kläger gegen den Gerichtsbescheid vom 6.5.2024 Berufung eingelegt.

Der Beklagte beantragt,
die Berufung zurückzuweisen.

Der Gerichtsbescheid sei nicht zu beanstanden.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts wird auf die vorliegenden Akten verwiesen, auch soweit diese vom Beklagten und dem Sozialgericht München beigezogen worden sind.

E n t s c h e i d u n g s g r nde :

Die Berufung ist unzulässig, da sie nicht statthaft ist. Der Senat konnte in Abwesenheit des Klägers verhandeln und entscheiden, da dieser über den Termin zur mündlichen Verhandlung informiert und dabei auf die Folgen seines Ausbleibens hingewiesen worden war ([   110 Abs 1 S 2](#), [   153 Abs 1 SGG](#)).

1. Streitig ist in der Sache die Verbescheidung des Antrags vom 10.8.2022, mit dem

der KlÄger die Erstattung von Kosten iHv insgesamt 30 Euro verfolgte, die ihm im Rahmen von zwei Widerspruchsverfahren entstanden sind.

2. Die Berufung ist nicht statthaft.

a) Abweichend von [Â§ 143 SGG](#) bedarf die Berufung gegen Urteile der Sozialgerichte der Zulassung, ua wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes bei einer Klage, die eine Geld-, Dienst- oder Sachleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt betrifft, 750 Euro nicht Ã¼bersteigt ([Â§ 144 Abs 1 S 1 Nr 1 SGG](#)). Der Wert des Beschwerdegegenstandes bemisst sich danach, was das Sozialgericht dem RechtsmittelklÄger versagt hat und was er davon mit seinen BerufungsantrÄgen weiterverfolgt (vgl Keller in Meyer-Ladewig ua, SGG, 13. Aufl 2020, [Â§ 144 Rn 14 mwN](#)).

Diese BerufungsbeschrÄnkung ist im vorliegenden Fall zu beachten. Auch UntÄrtigkeitsklagen werden von der BerufungsbeschrÄnkung des [Â§ 144 Abs 1 S 1 Nr 1 SGG](#) erfasst, weil sie entweder auf die Vornahme eines beantragten Verwaltungsaktes ([Â§ 88 Abs 1 SGG](#)) oder den Erlass eines Widerspruchsbescheides ([Â§ 88 Abs 2 SGG](#)) gerichtet sind. Betreffen die zu erlassenden Verwaltungsakte Geld-, Dienst- oder Sachleistungen, die einen Wert von 750 Euro nicht Ã¼bersteigen, unterliegt auch die UntÄrtigkeitsklage der BerufungsbeschrÄnkung (vgl BSG Beschluss vom 6.10.2011 â [B 9 SB 45/11 B](#) -, Rn 10 f; Urteil vom 10.10.2017 â [B 12 KR 3/16 R](#) -, Rn 13).

Da die UntÄrtigkeitsklage vorliegend auf Bescheidung des klÄgerischen Antrags auf Erstattung von Kosten des Widerspruchsverfahrens iHv insgesamt 30 Euro gerichtet war, ist dieser Betrag maÃgebend (vgl BSG, Urteil vom 10.10.2017 â [B 12 KR 3/16 R](#) -, Rn 14); er Ã¼bersteigt den fÃ¼r die ZulÄssigkeit der Berufung kraft Gesetzes nach [Â§ 144 Abs 1 S 1 Nr 1 SGG](#) erforderlichen Betrag bei weitem nicht.

b) Auch eine ZulÄssigkeit der Berufung nach [Â§ 144 Abs 1 S 2 SGG](#) kommt vorliegend nicht Betracht, da nicht Leistungen fÃ¼r mehr als ein Jahr streitig sind bzw jemals streitig waren.

c) Eine Zulassung der Berufung erfolgte schlieÃlich weder im angefochtenen erstinstanzlichen Urteil noch auf Beschwerde durch das Landessozialgericht. Dass mit dem angefochtenen Gerichtsbescheid der KlÄger unzutreffend dahingehend belehrt worden ist, die Berufung sei statthaft, ist in Ermangelung weitergehender Anhaltspunkte nicht als gleichsam konkludente Zulassung der Berufung zu werten (BSG, Urteil vom 10.10.2017 â [B 12 KR 3/16 R](#) -, Rn 17).

d) Wird trotz nicht statthafter Berufung â wie hier â Ã¼ber eine Berufung belehrt, liegt darin zwar eine fehlerhafte Rechtsmittelbelehrung, jedoch ohne dass die MÃglichkeit einer Umdeutung in eine Nichtzulassungsbeschwerde besteht; es ergibt sich vielmehr die Folge, dass das falsche Rechtsmittel (hier Berufung) als unzulÄssig zu verwerfen ist (vgl BSG, Urteil vom 4.7.2018 â [B 3 KR 14/17 R](#) -, Rn 15) ([Â§ 158 S 1 SGG](#)). Eine PrÃ¼fung in der Sache erfolgt durch das

Rechtsmittelgericht nicht.

3. Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#). Gründe für eine Zulassung der Revision sind nicht ersichtlich.

Â

Erstellt am: 25.07.2024

Zuletzt verändert am: 22.12.2024